

24 JUIN 1920

721

359

E 2001 (B) 14/6

*La Division des Affaires étrangères du Département politique
au Jurisconsulte du Département politique, M. Huber*

Copie

L Q

Bern, 24. Juni 1920

Meine telephonischen Mitteilungen von heute morgen ergänzend, erlaube ich mir, Ihnen über den Bericht von Herrn Vallotton¹ folgendes auszuführen:

1. Wie vorgesehen war, traten die schweizerischen Delegierten mit den Vertretern der Alliierten Montagmorgen vor Beginn der Konferenz zu einer Spezialsitzung zusammen. Die schweizerischen Delegierten glaubten, die Alliierten darauf hinweisen zu müssen, dass sie nur deshalb an dieser ersten Konferenz teilnehmen würden, weil die Schweiz wünsche, bei der Wiederaufnahme der Rhein-Transporte aktiv mitzuwirken, die Lösung von Rechtsfragen würde sie späteren Vereinbarungen vorbehalten. Dagegen haben die Franzosen unverzüglich Front gemacht und betont, der Friedensvertrag sei à prendre ou à laisser. Herr Vallotton hat dann speziell darauf hingewiesen, dass ja die definitive Form des Friedensvertrages, wenigstens der auf den Rhein bezüglichen Bestimmungen, noch gar nicht bekannt sei, weil ja die Verhandlungen mit Holland gegenwärtig noch schwebend seien. Man könne aber unmöglich der Schweiz zumuten, etwas zuzustimmen, was noch gar nicht bekannt sei. Schliesslich einigte man sich darauf, den gegenseitigen Standpunkt in Briefform niederzulegen und diese Briefe ins Protokoll aufzunehmen.² Es wurde vereinbart, dass die schweizerischen Delegierten ad audiendum der ersten Sitzung beiwohnen würden.

Eine Kopie des Briefes unserer Delegierten² hat mir Herr Vallotton übergeben; ich lege sie Ihnen bei. Im Brief von Herrn Claveille,² den Herr Vallotton nicht zur Hand hatte, soll ausgeführt sein, die Schweiz hätte es im Antwortschreiben auf die Einladungsnote von Herrn Millerand auch nicht notwendig gefunden, irgendwelche Vorbehalte für die Teilnahme an der ersten Sitzung zu machen. Herr Vallotton antwortete darauf, dass in dem Einladungsschreiben von Herrn Millerand eine Fühlungnahme mit den Delegierten der Alliierten vorgesehen gewesen sei, und dass bei dieser Vor-Konferenz, die nicht durch unsere Schuld nach Strassburg verschoben worden sei, unsere Rechtslage in Ruhe hätte geklärt werden können.

Mit einem zweiten Schreiben unserer Delegation, das ich Ihnen ebenfalls beilege, wurde das vom Wasserwirtschaftsamt ausgearbeitete Aide-Mémoire³ über den Stand der Baggerungsarbeiten im Rhein, eingebracht. Herr Claveille soll sich zuerst geweigert haben, das Memorandum entgegenzunehmen, weil er dahinter irgendeinen Vorstoss gegen die französischen Kanal-Projekte witterte («Méthode d'outre-Rhin»). Erst der Hinweis unserer Delegierten darauf, dass er

1. *Reproduit en annexe.*

2. *Ibidem.*

3. *Non reproduits.*

als Präsident der Konferenz die Pflicht hätte, die Anregung aufzunehmen, habe ihn schliesslich bewogen nachzugeben. Die Engländer wie auch die Belgier hätten uns in unserem Begehren lebhaft unterstützt. Immerhin seien sie stutzig geworden, als sie sahen, dass die Franzosen die ganze Frage auf das Terrain der Annahme oder Nicht-Annahme der Bestimmungen des Friedensvertrages brachten.

Über das weitere Vorgehen sieht Herr Vallotton zwei Möglichkeiten:

1. Der Bundesrat beschliesst, auf seinem bisherigen Standpunkt zu verharren. Wir anerkennen danach die Bestimmungen des Friedensvertrages nur insoweit, als sie nicht gegen unsere eigenen Rechte verstossen. Damit wäre verbunden, dass wir vorläufig auf ein Mitwirken in der Zentralkommission zu verzichten hätten. Nach der Meinung von Herrn Vallotton wäre diese Situation nicht unerträglich. Die Zentralkommission sei verpflichtet, die Konventionen von 1860 soweit aufrecht zu erhalten, als sie nicht mit den Bestimmungen der vom «Comité permanent» ausgearbeiteten generellen Konvention in Widerspruch stünde. Die Revision der Konvention hätte in Anlehnung an die generelle Konvention zu geschehen. Damit seien eigentlich unsere Rechte auf den freien Rhein schon gesichert. Unsere Eigenschaft als Rhein-Uferstaat könne unmöglich bestritten werden; sie gäbe uns aber alle wünschbaren Rechtstitel zur Durchsetzung unserer Forderungen auf den absolut freien Rhein.

Man würde so einesteils die Entwicklung der Dinge abwarten, andererseits aber nicht unterlassen, mit allen in der Zentralkommission vertretenen Staaten in engen Kontakt zu treten. Speziell von den belgischen und niederländischen Delegierten sollte eine schriftliche Erklärung verlangt werden darüber, dass sie unsere Forderungen des freien Rheins (unter Ausschluss jeglichen Kanals) und der sofort beginnenden Regulierungsarbeiten am Rhein unterstützen würden. Dagegen würden wir uns verpflichten:

a. Den Anspruch Belgiens auf die Besetzung des Generalsekretariates zu unterstützen. Wir würden das tun mit dem Hinweis darauf, dass unseres Erachtens die Komposition der Zentralkommission doch nur eine vorläufige sein könne. Auch die Frage des Präsidiums der Kommission müsse unbedingt später (nach ungefähr 10 Jahren) wieder aufgerollt werden. Uns könne es zum mindesten gleichgültig sein, meint Herr Vallotton, ob das Sekretariat durch Frankreich oder durch Belgien besetzt werde. Wenn wir aber die Delegierten Belgiens für unsere Sache gewinnen wollten, müssten wir Ihnen unbedingt in dieser Frage entgegenkommen.

b. Der Erhöhung der Mitgliederzahl der niederländischen Delegation von 2 auf 3 beizupflichten. Die Holländer könnten wir speziell darauf hinweisen, dass wir uns freiwillig auf ihren Standpunkt gestellt hätten, wonach der Friedensvertrag die Neutralen nicht binden könne.

2. Der Bundesrat kann aber auch einen andern Weg einschlagen. Er kann den Bestimmungen des Friedensvertrages zustimmen, sich aber vorbehalten, einige derselben zusammen mit den Alliierten später noch zu besprechen.

[...]

24 JUIN 1920

723

ANNEXE 1

E 8170 (D) 7/5/31

*Les Délégués du Conseil fédéral à la Commission centrale
du Rhin, R. Miescher, et J. Vallotton
au Chef du Département politique, G. Motta*

Copie

R

Basel und Lausanne, 24. Juni 1920

Die unterzeichneten schweizerischen Delegierten beehren sich, Ihnen über die erste Tagung der Rhein-Zentralkommission vom 21. und 22. Juni zu berichten:

Wie Ihnen bekannt, war die Kommission auf den 21. Juni vorm. 10 Uhr nach Strassburg einberufen. Die Schweizerischen Delegierten waren ausserdem gemäss einem Schreiben des Präsidenten der Friedenskonferenz, da die gewünschten Besprechungen mit den Vertretern der alliierten Mächte in Paris nicht mehr hatten stattfinden können, zu einer Vorbesprechung auf 9 Uhr 30 des gleichen Tages eingeladen worden. An dieser Vorbesprechung, an welcher neben den französischen, belgischen, italienischen und englischen Delegierten auch der Präsident der Kommission als Vorsitzender teilnahm, machten wir die Mitteilung, dass wir gemäss einer Instruktion des hohen Bundesrates bei Eröffnung der Sitzung gewisse Rechtsvorbehalte zu machen hätten, dass wir es für korrekt hielten, diese Vorbehalte nur vor allen Delegierten vorzubringen, also erst in der Kommission, dass wir aber den alliierten Vertretern gegenüber aus Loyalität unsere Absichten vorerst kundtun wollten.

Diese Erklärung ist sofort bei allen Anwesenden⁴ auf den allerheftigsten Widerstand gestossen und hat zur Deklaration des Präsidenten geführt, er werde eine solche Äusserung in keiner Weise zulassen. Die Verhandlungen wurden unterbrochen, damit die offizielle Begrüssung durch den Generalkommissär für Elsass-Lothringen stattfinden konnte.

Nach derselben wurden die Verhandlungen mit einzelnen Delegierten fortgesetzt. Wir erhielten folgendes Schreiben vom Präsidenten der Kommission:

«Ce matin, au cours des conversations engagées entre vous et les délégués des Puissances alliées représentées à la Commission centrale du Rhin, la question s'est posée de savoir dans quelles conditions vous comptiez prendre part aux délibérations de la Commission.

Il avait paru aux représentants des Gouvernements Alliés, d'après la lettre adressée le 8 juin⁵ par M. le Ministre de Suisse à Paris au Président de la Conférence de la Paix que votre désignation comme membres de la commission n'impliquait aucune réserve.

Les délégués alliés ont été heureux d'entrer en rapport avec vous; mais ils ont été unanimes à penser, en présence de vos déclarations, que la question devait être nettement élucidée avant la séance de cet après-midi.

Deux hypothèses doivent être envisagées:

1. Vous pourrez assister à la séance, en tant que membres de la Commission, c'est-à-dire que par là, vous aurez accepté, non seulement toutes les stipulations concernant le Rhin qui sont insérées dans le Traité de Versailles du 28 juin 1919, traité en vertu duquel vous avez été priés par M. le Président de la Conférence de la Paix d'entrer dans la Commission centrale du Rhin, mais encore vous adhérerez par avance à l'accord à intervenir avec les Pays-Bas, par application de l'article 354 dudit traité;

2. Vous pourrez, si vous le désirez, assister aux délibérations de la Commission, tous droits réservés, mais sans pouvoir prendre part à ses délibérations ou présenter des motions ou déclarations qui, en aucun cas, ne pourraient être reçues.

4. *Annotation manuscrite en bas de la page:* Mr. Fromageot était parti pour Boulogne. D'après nos souvenirs, l'attitude des alliés de la France prouva clairement qu'ils ne se solidarisaient avec les délégués français que par *nécessité* et à *contre-cœur*, pour faire honneur à leur signature. J. Vallotton.

5. *Non reproduite, cf. E 2200 Paris 1/1615.*

Je vous serais obligé, en attendant que la situation soit réglée d'une manière définitive, ce qui ne manquera pas de se réaliser par les conversations qui auront lieu ultérieurement, de me faire connaître en laquelle de ces deux qualités vous comptez assister à la séance de cet après-midi.

signé Claveille.»

Auf Grund der Instruktionen des Bundesrates vom 4. Juni 1920⁶ waren wir keineswegs berechtigt, die erste in diesem Schreiben vorgesehene Erklärung abzugeben; die Abgabe einer Erklärung im Sinne der Instruktion aber wäre entweder nicht zugelassen worden oder hätte zu sehr unliebsamen Auseinandersetzungen geführt. Wir haben deshalb, obwohl wir uns bewusst waren, dass Herr Claveille als Präsident der Kommission wohl kaum zuständig war, uns den oben mitgeteilten Brief zu schreiben, folgendes geantwortet:

«Nous avons l'honneur de vous accuser réception de votre lettre de ce matin faisant suite à la conversation engagée conformément à l'invitation de M. le Président de la Conférence de la Paix.

La lettre adressée le 8 juin par M. le Ministre de Suisse à Paris n'avait pas paru devoir contenir aucune réserve, l'invitation même adressée à la Suisse impliquant la nécessité d'une conversation préalable au sujet de certaines questions.

En vertu des instructions du Conseil fédéral suisse, il ne nous est pas possible de répondre aujourd'hui d'une manière affirmative à la proposition que vous nous faites l'honneur de nous adresser sous chiffre N° 1.

En revanche nous croyons qu'il peut être utile, et conforme à l'intérêt général, que nous assistions aux délibérations de la Commission, tous droits réservés.

Pour éviter tout malentendu, il nous serait agréable de voir figurer au procès-verbal de la séance la déclaration ci-après:

Les délégués de la Confédération suisse déclarent qu'ils ont répondu avec plaisir à la convocation qui leur a été adressée. Ils tiennent à manifester leur désir de collaboration par leur présence et prient qu'il leur soit donné acte au procès-verbal, de leur déclaration que la Confédération suisse fait toutes réserves de droit.

Nous vous serions reconnaissants de nous faire savoir, au début de la séance, si vous êtes d'accord avec ce qui précède.»

Nachdem nachmittags die Sitzung aufgenommen war, hat der Präsident in Anwesenheit der ganzen Kommission das Schreiben vorgelesen; das Schreiben ist zu Protokoll genommen worden, und zugleich ist erklärt worden, dass uns wegen der Vorbehalte die Rechte als Mitglieder nicht zugesprochen werden könnten, dass uns aber gestattet sei, den Verhandlungen beizuwohnen.

Die Schweiz wäre also noch nicht Mitglied der Rhein-Zentralkommission.

Es ist nun dringliche Aufgabe, unsere Stellung zu klären; wir müssen mit den alliierten Mächten verhandeln, um zu irgend einer klaren Situation zu kommen. Die Niederlande waren in der Kommission nicht anwesend, weil die Verhandlungen über die Stellung der Niederlande zur Zentralkommission, wie sie im Friedensvertrag festgestellt worden ist, noch nicht vollständig abgeschlossen sind. Nicht ausser acht zu lassen ist, dass, sobald die schweizerischen Vertreter gegenüber Bestimmungen des Friedensvertrages Vorbehalte machen wollten, sie auf die, trotz allen Nuancen in der Auffassung, geschlossene Gegnerschaft der alliierten Vertreter gestossen sind.

Die von uns vorbereitete Erklärung,⁷ die wir also nicht vorbringen konnten, legen wir zu Ihrer Information bei. [...]

Wir wiederholen, dass, bevor wir auf eine für unsere Ziele erspriessliche Arbeit rechnen können, unsere Stellung zunächst geklärt werden muss und bitten den Bundesrat, die notwendigen Schritte mit Beschleunigung einleiten zu wollen.

6. Cf. n° 346.

7. Reproduite en annexe 2.

24 JUIN 1920

725

ANNEXE 2

Copie

Strasbourg, 21 juin 1920

AIDE-MEMOIRE PRÉSENTÉ PAR LES DÉLÉGUÉS DE LA SUISSE
À LA COMMISSION CENTRALE DU RHIN

1. Par sa note du 15 mai à M. le Ministre de la Confédération suisse à Paris, son Exc. M. Mille-
rand, en sa qualité de Président de la Conférence de la Paix, a prié le Gouvernement de la Confédé-
ration de désigner les deux délégués chargés de représenter la Confédération à la Commission cen-
trale du Rhin, en nous invitant à prendre part à la première réunion de ce jour.

2. Par l'envoi de ses délégués, la Confédération suisse a tenu à marquer non seulement la reven-
dication de ses droits d'Etat riverain du Rhin, mais surtout à affirmer son sincère désir de collabo-
rer à la reprise et au développement du trafic fluvial, *sans préjuger par leur présence de la solution
des questions juridiques, non résolues jusqu'ici.*

Les délégués suisses soussignés, pour éviter tout malentendu, tiennent à marquer que leur parti-
cipation à cette réunion, et notamment à l'examen de la *Convention particulière entre la France et
l'Allemagne relative au port de Kehl* et, cas échéant, à la désignation du Directeur des ports de
Strasbourg et de Kehl, ne devra pas pouvoir faire l'objet d'une déduction juridique quelconque; en
particulier elle ne pourra être invoquée comme une renonciation de la Suisse à ses droits; l'examen
ou l'approbation de cette convention ne pourront être invoqués contre elle, par exemple, comme la
reconnaissance d'un fait ou d'un droit dont la Suisse serait obligée de tenir compte en vue de
l'adoption, l'application ou l'interprétation des règles ou usages de droit international constituant
le régime du Rhin.

*En résumé la participation de la Suisse à la présente réunion ne pourra être invoquée contre cet
Etat, à quel titre que ce soit.*

3. La Confédération suisse, certaine de rencontrer auprès de tous les Etats intéressés à la navi-
gation du Rhin, et de leurs représentants, un même désir de contribuer au rétablissement immédiat
des communications, juge superflu de rappeler ici ses *droits d'Etat riverain, droits indépendants de
sa participation à la Commission*, et consacrés notamment dans les Traités de Paris du 30 mai 1814
et de Vienne du 9 juin 1815; aucun changement ne peut être apporté à ces droits sans son consente-
ment, le règlement lui-même ne pouvant, d'après l'art. CXVI de 1815 etc. être «changé que du
consentement de tous les Etats riverains» qui «auront soin de pourvoir à son exécution d'une
manière convenable et adaptée aux circonstances et aux localités.»

4. Les délégués de la Suisse se bornent pour aujourd'hui à joindre à leurs réserves de droit *un
extrait de la note remise par eux en mars 1919*⁸ à la majorité des Puissances représentées
aujourd'hui à Strasbourg, en constatant que les demandes formulées par eux à cette époque ont
reçu ou recevront satisfaction quant aux demandes 1 et 2 de cette note.

5. La Confédération suisse a le ferme espoir que les Etats intéressés à la navigation du Rhin s'en-
tendent entre autres pour assurer à cette navigation un régime de nature à répondre aux reven-
dications ou demandes formulées dans la note de mars 1919 annexée à la présente déclaration et qui
n'ont pas encore reçu satisfaction.

6. Il est notamment très regrettable que les Etats riverains entre Strasbourg et Bâle aient omis de
procéder aux *travaux d'entretien même les plus indispensables*, tels que le *dragage* et la *régularisa-
tion du cours du Rhin*, qui leur étaient expressément imposés par les Traités et notamment par
l'art. CXIII de l'Acte final de Vienne du 9 juin 1815 et par l'art. 28 de l'Acte de navigation de 1868
etc.

Les délégués suisses ont le devoir d'attirer d'ores et déjà l'attention de la Commission sur l'ur-
gence des *dragages*.

Ils déposent une note spéciale à ce sujet.⁹

8. Cf. DDS 7/1, n° 269.

9. Non reproduite.